

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

Ihr werdet Euch sicherlich gewundert haben, daß der Fachschaftsrat (FSR) solange nichts von sich hören ließ. Und das um so mehr, als ja gerade bei der ersten Fachschaftsvollversammlung (FVV) dieses Semesters mit soviel Nachdruck die Wichtigkeit der Informationspolitik hervorgehoben wurde. Da nun aber die Information aller Studenten des Psychologischen Instituts (PI) vom FSR sträflich vernachlässigt wurde, steht hier gleich zu Beginn diese Entschuldigung:

Der FSR weiß, daß die Information der Studenten in diesem Semester keineswegs angemessen und ausreichend war. Er weiß, daß die Ausschänge am schwarzen Brett hätten informativer und aktueller sein müssen. Er weiß, er weiß ... Man sollte nun berechtigterweise fragen, warum der FSR in der Information denn\* trotz aller Vorankündigungen noch auf ein schlechteres Niveau als im letzten Semester abgesunken ist, wenn er sich dessen bewußt ist. Dafür gibt es eine Erklärung: Wie bereits auf der letzten FVV zu den Aktionstagen gesagt, war die Druckmaschine defekt. Zwar hätte man - wie alle anderen auch - auf das Studentenwerk zurückgreifen können, aber die Druckerei des Studentenwerks hat nicht gerade Auftragsschwierigkeiten, sondern ist ziemlich stark ausgelastet, so daß mit längeren Wartezeiten gerechnet werden muß. So blieb nur die große Hoffnung, den Fehler unserer Druckmaschine so schnell wie möglich zu finden und zu reparieren! Soweit die Erklärung, doch entschuldigen muß sich der FSR trotzdem; denn er hätte ja versuchen können, diese Schlappe teilweise durch Ausschänge wettzumachen. Das hat er nicht getan, dafür entschuldigt er sich.

Euer Fachschaftsrat

# INFO

NR. 13

## Inhalt:

Seite 2	Fachschaftsvollversammlung.....
Seite 3	Kompetenzen im Fachschaftsrat.....
Seite 4	Aufruf: Gründung eines Fachschaftskollektivs.....
Seite 6	Erläuterungen zum Fachschaftskollektiv.....
Seite 7	Termine.....
Seite 8	Ein Redaktionskollektiv.....
Seite 10	Nachrichten.....
Seite 11	Psychologen-Fête.....
Seite 12	Zulassung zum Sommersemester.....
Seite 13	Psychologen-Pinte/Bitte des Fachschaftsrats.....
Seite 14	Weihnachtsgrüße.....

## FACHSCHAFT PSYCHOLOGIE

DEZEMBER 1972



Protokoll der Fachschaftsvollversammlung vom 30. 10. 72, 1.

Tagungsordnungspunkte:

1. Nachwahlen: Die Nachwahl von zwei Fachsch.ratmitgliedern - nötig durch Rücktritt zweier ehemaliger - verlief so:  
Nominiert waren Karin Junior (unabhängig) Anwesend: 76 Studenten  
Josef Rohmann (MSB)  
es entfielen auf Karin Junior 39 Ja-Stimmen, 20 Enthaltungen,  
auf Josef Rohmann 49 Ja-Stimmen, 13 Enthaltungen  
2 Gegenstimmen
2. Studienorientierung: Nochmaliger Hinweis auf das Konzept der Stud.or., deren Arbeit sich z.Z. auf Anfängerberatung beschränkt, aber erweitert werden soll zu einem Info-Zentrum aller Semester. Appell an die Mitarbeit der Stud.schaft, da die Arbeit ohne genügenden Informationsfluß nicht geleistet werden kann.
3. Fachschaftskollektiv: Das vom Fachschaftsrat vorgelegte Papier zur Gründung eines Fachschaftskollektivs ist mehrheitlich verabschiedet worden.
4. Genosse Erben (SAG), Fachschaftsreferent des Asta, hat die Vereinbarung einen Vortrag zur 'Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft' zu halten nicht eingehalten. Er erschien nicht. Die VV hat einstimmig eine Resolution betreffs solcher Arbeitsmoral verabschiedet. Die Diskussion über die Verfaßte Studentenschaft wurde provisorisch von einigen Anwesenden geführt.

Resolution

Die Vollversammlung der Fachschaft Psychologie hält fest, daß der Asta-referent der Gesiteswissenschaften, Horst Erben, seiner Einladung zur Fachschaftsvollversammlung nicht nachgekommen ist. Mit dieser Einladung war ein Referat über die Kampagne gegen die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft (VS) verbunden, das den Psychologie-Studenten erste Informationen über Sinn und Ausrichtung der Aktionstage an der RUB (v. 6.11. bis 15.11.72) vermitteln sollte.

Nach Diskussion über Inhalt und Gliederung des Referats mit Vertretern der Fachschaft Psychologie hatte der Asta-Referent dieser Einladung fest zugesagt. Dennoch hielt er es nicht für nötig, der Fachschaft Nachricht davon zu geben, daß er nicht kommen könne. Im Nachhinein gab er als Grund an, wichtige Dinge schreiben zu müssen!

Zu einem Zeitpunkt, an dem die Solidarisierung aller fortschrittlichen Studenten zum Zwecke gemeinsamer Aktionen gegen staatliche Maßnahmen unbedingt notwendig ist, bedeutet sein Verhalten eine äußerste Verletzung seiner Aufgaben, die ihm durch Wahl von Studenten zuerteilt wurden. Indem der Fachschaftsreferent der anstehenden Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft nicht die Agitation der studentischen Basis entgegenzusetzen bereit ist, beweist er sein totales Unverständnis von Inhalt und Ziel politischer Arbeit, sofern darunter eben nicht nur Selbstbefriedigung der Funktionäre verstanden wird.

Die FVV fragt den FS-Referenten, was er prinzipiell bei solchem Verhalten beim Asta sucht!

Die Fachschaft Psychologie

Bo, den 12.11.72

Der Fachschaftsrat Psychologie (FSR PS) hat in seiner Sitzung vom 2.11. folgende Aufgabenverteilung beschlossen:

Angelika: Tutorien, Studienorientierung

Barbara : Lehrplanung: Klin. Ps., Finanzen

Karin : Anfängerbetreuung, Studienorientierung

Götz : Studienorientierung, Druck

Josef : Gremienpolitik, Asta etc., Informationspolitik

Die einzelnen Org-Arbeiten sollen, um keinen einzelnen damit zu überschütten und frustieren im Rotationsverfahren auf alle Mitglieder gleichmäßig verteilt werden. Andere Kommilitonen sind ebenfalls in die Arbeit zu integrieren.

Diese Aufteilung wurde einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Josef Rohmann





## A U F R U F

### ZUR GRÜNDUNG EINES FACHSCHAFTS-KOLLEKTIVS (FSK) -Konzeption und Begründung-

Um die studentische Interessenvertretung am Psychologischen Institut zu effektivieren, ist eine Neuorganisation der FS-Arbeit von dringender Notwendigkeit geworden. Jedoch: Es muß zunächst sichergestellt sein, daß die Politik des FS-Rates nicht von irgendeiner politischen Hochschulgruppe oder einer irgendwann einmal entstandenen Basisgruppe, sondern von der Vollversammlung der FS bestimmt, kontrolliert und korrigiert wird!

Langfristig muß das primäre Ziel stud.FS-Politik deshalb darin bestehen, die Isolation des FS-Rates von der FS zu überwinden.

Zur Zeit sind zahlreiche zersplitterte, unkoordinierte studentische Aktivitäten am Institut zu finden. Die ungenügende Transparenz und Orientiertheit dieser Aktivitäten ist aber - in der Regel - nicht den Beteiligten zuzuschreiben. Im Gegenteil: Sie sind mit der Lage höchst unzufrieden. Der FS-Rat ist mit Koordination und politischer Orientierung der Arbeitsgruppen mit ihren jeweils verschiedenen Aufgabenstellungen überfordert. Anstehende Entscheidungen in den Hochschulgremien können nicht mehr diskutiert und dann beschlossen werden. Der Kommunikationsfluß zwischen FS-Rat und Studentenschaft ist - trotz FS-Info - unbefriedigend.

UM DIESE MÄNGEL ZU BEHEBEN, SCHLÄGT DER NEUE FS-RAT VOR, EIN FS-KOLLEKTIV ZU GRÜNDEN.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt arbeiten Gremienvertreter, FS-Rat-Mitglieder und spontan entstehende Arbeitsgruppen in folgenden Bereichen:

1. Fak. Sektion, 1 stud. Vertreter bzw. sein Stellvertreter
  2. Uni. Parlament, 1 stud. Vertreter bzw. sein Stellvertreter
  3. Die AG "Studieorientierung" (siehe Info der FS)
  4. Mehrere Stud. Vertreter im AK "Lehrplanung" (siehe Info der FS)
  5. Ein AK "Tutorien" (siehe FS-Info)
  6. Mehrere Studenten arbeiten bei der Anfängerausbild. aktiv mit
  7. Es bilden sich z.Zt. spontane AGs, die sich mit der Kritik best. Lehrveranstaltungen beschäftigen. Andere, die sich für die Initiierung bzw. Unterstützung von Erstsemester AG einsetzen.
  8. Der FS-Rat mit Kontakten zum Asta
- Und dazu kommen noch zahlreiche AGs, von deren Existenz der FS-Rat keine Kenntnis hat.

Nun gilt es, ein Organisationsmodell zu entwickeln, daß

- a. die Beschlußfähigkeit der FS-Politik bei der VV läßt
- b. die Gremienarbeit und Aktivitäten integriert und aufbereitet, um sie der FS-VV in handlicher Form zur Beschließung vorzulegen.



Da es unmöglich ist, die Gesamtaktivität studentischer Instituts- und Hochschulpolitik in der FS-VV unvorbearbeitet zu diskutieren, ist eine Änderung des bisherigen Organisationsmodells zwingend notwendig geworden. Die Komplexität und Spezifität der verschiedenen Aufgaben z.B. in Mitbestimmungsgremien verlangt eine Umstrukturierung unserer organisationspolitischen Arbeit.

ZUR ARBEITSWEISE DES FSK

1. Die studentischen Arbeitsgruppen mit den jeweils verschiedenen Aufgabenstellungen müssen zur Entscheidung anstehende Vorschläge, Anträge, Aufgaben, Aktionen etc. in ihrer Gruppe soweit bearbeiten, bis sie zu einem vorläufigen oder endgültigen Ergebnis gekommen sind. Dann sollte ein Diskussionsbeitrag (mdl. oder schriftl.) dem FSK zur Diskussion vorgelegt werden.
2. Dem FS-Rat obliegt die Aufgabe, die FSK-Sitzungen vorzubereiten. Er wählt Schwerpunkte, hält Kontakte zu den AGs, um den Stand der Entwicklung zu verfolgen und leitet die FSK-Sitzungen. Er sorgt für eine strukturierte, inhaltliche Diskussion.
3. Die Gremienvertreter müssen den FS-Rat langfristig auf anstehende Entscheidungen vorbereiten. Dort, wo studentische Interessen besonders berührt werden (wie z.B. in der Lehrplanung), muß der FS-Rat Arbeitsschwerpunkte bilden, evt. kurzfristig AGs zur Bearbeitung initiieren.
4. Die Studenten müssen rechtzeitig über die zu diskutierenden, vorläufigen Ergebnisse unterrichtet werden, damit sie sich auf die FSK-Sitzungen vorbereiten können.
5. Zentrale Arbeitsergebnisse des FSK werden der Studentenschaft zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt.
6. Spontan entstehende AGs können über den FS-Rat ihre Arbeitsergebnisse in dem FSK zur Diskussion stellen

VORTEILE DES ORGANISATIONSMODELLS "FS-KOLLEKTIV"

1. Die studentische Politik bleibt gebunden und legitimiert durch die FS-VV
2. Es beendet die zersplitterte Gremienpolitik und die unkoordinierten Aktivitäten der AGs
3. Es ist offen für sich spontan bildende AGs, auch für autonome
4. Es entsteht ein Diskussionsforum, das langfristig eine politische Orientierung liefern könnte, die bekanntlich nur aus der Berücksichtigung des Zusammenhanges aller politischen Aktivitäten erwächst
5. Es entsteht ein Diskussions-Forum, auf dem inhaltlich diskutiert wird (technisch-organisatorische Vorbereitungen trifft der FS-Rat und belastet nicht ständig die Geduld der Teilnehmer). Es bietet damit die Möglichkeit zur politischen und rhetorischen Qualifikation der Studenten.
6. Das FSK ermöglicht und verbessert eine einheitliche Stoßrichtung der student. Interessenvertretung (z.B. durch Schwerpunktbildung)
7. Die isolierten Aktivitäten können von den Studenten kontrolliert werden

Die Sitzungen sollen öffentlich sein, evt. alle 3 Wochen je nach Arbeitsanfall.

WIR BITTEN DIE FS-VV DIESEM VORSCHLAG ZUR GRÜNDUNG DES FSK ZUZUSTIMMEN.



### Weitere Erläuterungen zum Thema Fachschaftskollektiv

Seit der Gründung des Fachschaftskollektivs (FSK) auf der Fachschaftsvollversammlung vom 30.10.72 hat es sich in Diskussionen innerhalb des Fachschaftsrates und mit Mitgliedern des FSKs ergeben, daß einige Fragen, die das FSK betreffen noch nicht ganz geklärt sind.

Wir bringen daher noch einige Ausführungen ergänzend zum "Aufruf zur Gründung eines FSK" und im Anschluß daran die Termine, zu denen sich die einzelnen Kollektivgruppen treffen.

#### I. Wie die Idee des FSK entstand

Als der jetzige FSR seine Arbeit aufnahm, waren alle seine Mitglieder Zweitsemester, mit entsprechend wenig Erfahrung und Information in bezug auf FS-Arbeit. Die Hilfe einiger älterer Semester hielt sich in Grenzen, besonders da sich der vorherige FSR noch vor seiner offiziellen Entlastung kaum noch bei uns blicken ließ.

Nach einem Semester FS-Arbeit kamen wir zu folgendem Ergebnis:

Der FSR, der aus fünf Personen besteht, ist allein, ohne Mitarbeit vieler Studenten nicht in der Lage die Interessen der Studenten effektiv zu vertreten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. der FSR ist oft mit organisatorischen und verwaltenden Tätigkeiten so ausgelastet, daß zu einer inhaltlichen Diskussion der einzelnen Interessenvertretungspunkte keine Zeit mehr bleibt. Eine inhaltliche Diskussion ist aber unbedingt notwendig, wenn FS-Arbeit nicht in Handwerkerlei stecken, bleiben soll.
2. der FSR ist auf die ständige Rückmeldung durch die Studenten angewiesen, deren Interessen er vertreten soll. Wir fanden es daher notwendig die Basis der FS-Arbeit zu verbreitern, und konnten dabei davon ausgehen, daß es viele Studenten gibt, die sich gern an der FS-Arbeit beteiligen würden, aber nicht genau wissen wie, und deren Mitarbeit deshalb oft zu unverbindlich bleibt, oder die sich nach

- + -  
einigen Versuchen wieder zurückziehen, in dem Gefühl, es komme nichts dabei heraus.

Wir glauben, daß das FSK jedem interessierten Studenten die Möglichkeit gibt, anhand eines überschaubaren Gebietes, nämlich dem Thema seiner Kollektivgruppe, sich an der FSArbeit zu beteiligen, und wir hoffen auch, daß sich in den Kollektivgruppen Leute finden werden, die sich in den nächsten FSR wählen lassen wollen, und die dann schon mehr Erfahrung haben als wir sie hatten.

## II. Wie wir uns die Arbeit mit dem FSK vorstellen.

Das Kollektiv ist die Gesamtheit all derer, die in einer Kollektivgruppe mitarbeiten. Je ein Mitglied des FSRs arbeitet in einer Kollektivgruppe mit. In den Kollektivgruppen werden die einzelnen Themen ausführlich diskutiert und Strategiene zur Durchsetzung stud. Interessen entwickelt. Der FSR sammelt Informationen über die Arbeit der einzelnen Gruppen und koordiniert ihre Arbeit.

Das FSK hat alle drei Wochen eine Plenumsitzung, die vom FSK und FSR vorbereitet wird, auf der die Arbeitsergebnisse und weitere Aufgaben schwerpunktmäßig diskutiert werden. Auf den Plenumsitzungen soll außerdem langfristig ein Konzept der FSK-Arbeit entwickelt werden.

Die Sitzungen des FSK und des FSRs sind öffentlich.

### Termine

B. Fischer/K. Junior

AG Studienorientierung, montags 13<sup>00</sup>, Sto-Raum, GAFO 04/257

AG Tutorien, freitags 14<sup>00</sup>, FS-Raum, GAFO 04/254

AG Greminepolitik, donnerstags, 12<sup>00</sup>, FS-Raum, GAFO 04/254

AG Lehrplanung, erste konstituierende Sitzung Donnerstag

14.12. 14<sup>00</sup>, FSK-Sitzung mit Schwerpunkt Lehrplanung

AG Bezugspersonen für Erstsemester, Termin wird noch bekanntgegeben

AG Redaktionskollektiv(des Infos): Kurzbesprechungen Di 13<sup>45</sup> an den Inf.tafeln - Arbeitssitzungen Fr 16-18 Uhr in der Buscheystraße 125 (bei der Uni, gegenüber Coop u. Sparkasse) bei Bernd Polster

**Nächste FSK-Plenumsitzung, Schwerpunkt Lehrplanung,  
Donnerstag 14. 12. 1972, 14<sup>00</sup> Uhr**



ein paar Leute sind der Meinung, daß die Möglichkeiten der Informationsweitergabe von Studenten an Studenten mehr und intensiver genutzt werden sollten. Das Fachschaftsinfo ist dafür ein geeignetes Mittel:

# Ein Redaktionskollektiv

ist im Begriff zu entstehen. Hier unsere Vorstellungen kurz skizziert:  
Konzeption eines Fachschaftsinfos (Ideen)

1. Inhalt
  - (A) kurzfristige Informationen  
z.B. Fachschaftsnachrichten, Ankündigungen usf.
  - (B) langfristige Informationen  
bzgl. Studium, Universitäten, Berufsproblematik...
  - (C) politische Informationen  
d.h. Absteckung des Rahmens und Herstellung von Zusammenhängen
  - (D) Informationen: Kritik an bürgerlicher Psychologie
  - (E) Cartoon nicht nur als Makulatur
2. Zielgruppen
  - (A) Wen gilt es anzusprechen?
  - (B) Wie können die wichtigen Zielgruppen erreicht werden?
3. Sprache
4. Funktion des Infos

Und das haben wir uns zu den einzelnen Punkten gedacht

zu 1.(A) kurzfristige Informationen: Es könnten Anzeigen aufgenommen werden, bspw. Zimmersuche, Kontaktanzeigen, wenn es sinnvoll ist? Es sollten ständige Hinweise auf bestimmte Einrichtungen oder Veranstaltungen oder Aktionen (z.B. Initiativen, Studienbüro oder Kinos mit Ermäßigung) gegeben werden und Termine genannt werden.  
Hinweise auf Skripten.

zu 1.(B) langfristige Informationen: Es sollte eine "Informationsstrategie" existieren: Einmal könnten bestimmte Themengebiete systematisch abgegrast werden. Das kann geschehen (a) durch Reports, d.h. längere Abhandlungen zu einem Themenkomplex, wobei dann allerdings die optische Form entsprechend sein müßte, damit nicht einfach überblättert wird, (b) durch aufeinanderbezogene Beitrags-Serien zu Themen wie Berufsverbote, Hochschulrahmengesetz oder politische Gruppen an der RUB. Zum anderen sollten bestimmte organisatorische Ansätze studentischer Arbeit kritisch betrachtet werden, damit sie nicht im Sande verlaufen oder sich ins Gegenteil verkehren. Beispiel: Anfängergruppen.

zu 1.(C) politische Informationen: ein schwieriger Punkt, weil er von allen anderen nicht zu trennen ist, aber es sollten politische Informationen im engeren Sinne gegeben werden (aus Zeitungen, die nicht allgemein gelesen werden), z.B. Vietnam, eur. Sicherheitskonferenz, innenpolitische Situation usf.

zu 1.(D) Kritik an bürgerlicher Psychologie: (evtl. in Zusammenarbeit



mit der Studienorientierung) könnten (a) Literaturhinweise (speziell!!!!) gegeben werden - nicht unbedingt eng psychologisiert gehalten -, (b) fortschrittliche Artikel abgedruckt werden, (c) Kritik an der Institutpsychologie geübt werden oder (d) eigene Artikel zu speziellen Themen geschrieben werden. Damit könnte den Studenten (besser als mit isolierten Skripten) in institutionalisierter Form - es ist außerdem nicht mehr der Filter "Zur-Fach-schaft-gehen" vorgeschaltet - ein Repertoire von Kritik-Kategorien an die Hand gegeben werden

zu 1.(E) Cartoon sollte entlarvend sein, inhaltsbezogen

zu 2. Zielgruppen: Sind die Studenten am Institut, aber vor allem die nichtpolitisierte Mehrzahl, z.B. orientierungslose Anfänger. Aus der Festlegung der Zielgruppen leiten sich bestimmte Forderungen ab: vom Info selbst muß ein starker Anreiz zum Lesen ausgehen (d.h. es kann nicht davon ausgegangen werden, daß ein Fachschaftsinfo an sich die Mehrzahl der Studenten dazu bringt, mal reinzugucken; viel mehr muß von einem ausgeprägten Desinteresse ausgegangen werden). Anreizeffekt könnte evtl. erreicht werden durch (a) veränderten Inhalt im oben erwähnten Sinn, also bewußtere Auswahl und Erweiterung des Themenkatalogs, Durchziehen bestimmter Sparten, die noch zu definieren wären. Beispiel: feste Seite 'Begriffsdefinitionen'. (b) Könnte die Aufmachung dazu beitragen, Zielgruppen zu erreichen, z.B. durch optische Strukturierung der Seiten, neuen Titel o.ä.

zu 3. Sprache: Die sprachliche Form muß bezüglich der Zielgruppen kritisch überprüft werden, d.h. es darf nicht vergessen werden, daß es darum geht, anderen Bewußtsein zu vermitteln - das klappt nur unter bestimmten Bedingungen - u.a. sprachliche Verständlichkeit -. Wenn das Info nicht gelesen wird, ist dies Ziel nicht erreicht.

zu 4. Funktion des Infos: das Info müßte Agitations-, Informations- und Diskussionsfunktion bekommen, d.h. so weit die Leute kriegen, daß Pro- und Kontrabeiträge gebracht werden (können); dazu wäre zweifellos ein engeres Verhältnis zur Fachschaft notwendig; was momentan nicht besteht. Siehe VV! Warum?

Notwendige Maßnahmen

zur Verwirklichung dieser Konzeption

politische Arbeit: fortschrittlich, Definition inhaltlicher Ziele!

kollektive Arbeit: von der Intention und vom Aufwand her

periodische Arbeit: das Info-Kollektiv müßte rel. autonom planen können

kooperative Arbeit: Zusammenarbeit mit anderen Organen der Studentenschaft - auch an anderen Unis!

gezielte Arbeit: d.h. z.B. Anfängerinformation sollte weitgehend von Anfängern geleistet werden; z.B. müßten "kompetente" Leute aktiviert werden, Beiträge zu liefern - es hat sich gezeigt, daß ein Engagement im begrenzten Rahmen erwartet werden kann, wenn direkter "Nutzen" sichtbar scheint. Beispiel: Gruppeninitiiierung zu Anfang des Semesters; z.B. müßten Koll.Mitglieder Spezialgebiete erarbeiten, um Information verdaut und zum Verdauen weitergeben zu können.



Destruktive Kritik in dem Redaktionskasten (Aufenthaltsraum)



# Nachrichten:

## Berufungskommission "Experimentelle Tierpsychologie"

Vorgeschichte: Der Lehrstuhl "Exp. Tierps." ist schon seit über zwei Jahren (!) ausgeschrieben. Alle Hoffnungen, einen der gewünschten Kandidaten zu bekommen, haben sich zerschlagen; zuletzt: Dr. Huston aus Zürich, Deutschamerikaner mit dem Schwerpunkt physiologisch arbeitender Verhaltensforschung. Er blieb in Zürich.

Am 6.11. trat deshalb die Berufungskommission wieder zusammen und beschloß, die Stelle neu auszuschreiben - ein etwas peinlicher Vorgang für unsere Professoren: Sie haben einen großen Teil der Bewerber erst gar nicht berücksichtigt und sind jetzt auf ihrer Stelle sitzengeblieben. Die Bewerbungen sollen bis Ende Januar einlaufen.

Also auch im neuen Jahr: Fröhliche Be(i)setzung!

## Wahl des Dekans

In der 8. Fakultätssitzung der Abt. III - mit den Instituten Philosophie, Pädagogik und Psychologie - vom 15.11.72 wurde Prof. H!HECKHAUSEN im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit für das Amtsjahr 1973/74 zum Dekan gewählt. Da der Dekan die laufenden Geschäfte der Abteilung führt, wird dem vom diesem Amt betroffenen Professor - turnusmäßig war diesmal das Psych.Institut an der Reihe diese Ehren - kaum noch Zeit für Forschung und weniger Zeit für Lehre zur Verfügung stehen.

## Forschungs - frei - Semester

Professor O.GRAEFE hat im WS 73/74 ein Forschungssemester; und zur Erinnerung: Prof. P.SCHÖNBACH hat sein Freisemester im SS 73.

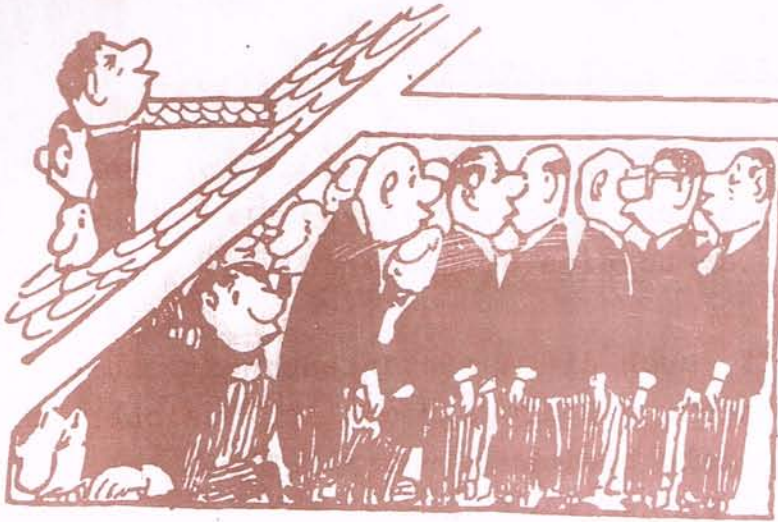
## Teilung der Abteilung

Nachdem der Vermittlungsausschuß der RUB am 26.10.72 zum Teilungsantrag der Abteilung Philosophie, Pädagogik, Psychologie (III) vom 26.11.1969 einstimmig beschlossen hat, die Teilung der Abt.III in drei selbständige Abteilungen zu empfehlen, darf man als sicher ansehen, daß in Zukunft eine eigene Abteilung Psychologie für Berufungen, Strukturplan, Prüfungs-, Studienordnungen etc. zuständig ist. Allerdings unter einer Voraussetzung, daß vorher eine Abteilungssatzung (AS) erarbeitet wurde. Das heißt, die leidige Arbeit an einer AS beginnt wieder von vorn und auch das ständige Gerangel mit den Profs. Diese haben bereits rechtliche Bedenken angemeldet, daß eine AS zur Vorbedingung für die Teilung gemacht werden kann.

## Lehrstuhl 5 (Angewandte Psychologie)

Da Prof DRÖSLER (Braunschweig) - als letzter auf der Berufslisten den Ruf auf den Lehrstuhl 5 (Angewandte Psychologie) abgelehnt hatte, trat am 13.11. die Berufungskommission für diesen Lehrstuhl erneut zusammen. Als einziger studentischer Vertreter gehört dieser Kommission der Kollege J. Rohmann an. Für die Beratung dieser Kommission hatte die Gruppe 'Klinische Psychologie' des Ak Lehrplan einen Antrag eingebracht, den Lehrstuhl mit einem Klinischen Psychologen zu besetzen und ein zweites Psychologisches Institut zu gründen. Da für den letzten Antrag nicht eine Fakultätskommission zuständig ist, sondern eine Neugründung eines ministeriellen Erlasses bedarf, der voraussichtlich Jahre dauert, und besonders die Studenten darauf nicht warten können, beschloß die Kommission schließlich den Lehrstuhl 5 in der alten Diktion nochmals ausschreiben zu lassen mit dem Zusatz, daß der Bewerber einen Schwerpunkt haben solle in Klinischer Psychologie od. Psychologischer Diagnostik od. Arbeits- u. Betriebspsychologie (Ergonomie).





## Psychologen - Fête :

Im 'Staatlichen'(Haus II) hat sie stattgefunden, die geplant war als Erstsemester-Verkopplungs-Treff. Man hat sich gesehen. Die, die sich sowieso schon kannten.

Merke: Der Ansatz ist gut! Aber ein großer Raum und laute Musik machen keinen Kontakt, sondern Stehparty-Stimmung!

Ein Ausbruch aus der Uni-Isolation ist ein bißchen gelungen. Dann ist er steckengeblieben in den Konventionen um die Tische herum und auf der Tanzfläche.

Merke: Der Ansatz ist gut! Aber Leute bewegen sich nicht von selbst aufeinander zu, sondern es muß organisiert werden!

Ein geplanter Überraschungseffekt oder wenn sich alle vor eine Leinwand auf den Boden hocken müssen oder malen bringt Spaß.

Merke: Es müßten sich mal alle Ideen überlegen, wie wir noch konsequenter Uni-Kommunikationsschäden überwinden!



Temperamentvolle Soloeinlagen lockern Abende auf, die förmlich zu werden drohen, und machen Sie bald zum beliebten Mittelpunkt gesellschaftlicher Veranstaltungen.



## Zulassung zum Sommersemester

Bisher wurden die freigewordenen Studienplätze im SS durch einen Instituts- und Uniinternen Verwaltungsakt (Kommissionsentscheidung) an bereits Studierende oder auch Neubewerber (selten) vergeben.

Die Fachschaft, auch die Assistentenschaft und Dozentschaft, war davon ausgegangen, daß diese rechtlich unsichere Situation weiterhin so geregelt bleiben wird.

In den letzten Wochen wurde nun vom Hauptausschuß dem Senat und dem Universitätsparlament eine Satzungsänderung vorgelegt, die die Zulassung im SS für Medizin, Biologie und Psychologie regelt. Dieser Entwurf, der vom Senat und vom UP bereits verabschiedet wurde, sieht vor:

- Zum SS ist eine Zulassung für die Fächer Medizin, Biologie und Psychologie grundsätzlich nicht möglich.
- Freigewordene Studienplätze können aufgefüllt werden nach den allgemeinen Zulassungsrichtlinien und Zulassungsverfahren.

Eine Stellungnahme des Psychologischen Instituts steht noch aus. Es wird zu prüfen sein, ob freie Studienplätze zum SS über die Zentrale Zulassungsstelle Hamburg belegt werden müssen, oder doch wieder eine interne Regelung getroffen werden kann.

Die Schwierigkeiten sind jedoch abzusehen:

Werden die freien Studienplätze von Leuten belegt, die auf Institutslisten geführt werden, so ist das Zulassungsverfahren verletzt. Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht können von abgewiesenen Personen mit Erfolg angestrebt werden.

### Fest zu halten bleibt:

Die Aussichten für eine interne Zulassung im Sommersemester sind zwar im Augenblick nicht sehr günstig, wir halten jedoch das Verfahren über die Zentrale Zulassungsstelle in Hamburg für unsinnig, weil die so Zugelassenen erst im folgenden Wintersemester ihr Studium aufnehmen könnten.

Wir werden unsere Bemühungen, eine Zulassung für nicht zugelassene aber bereits in Bochum studierende zu erreichen, weiterhin verstärken.

Sobald neue Informationen vorliegen werden sie veröffentlicht.





ÜBRIGENS,

KLAUT DOCH BITTE *keine Papiere* MEHR AUS DEM FACHSCHAFTS-  
RAUM. EINIGE DAVON SIND IMMERHIN FÜR DIE FACHSCHAFTSARBEIT  
WICHTIG!

AUCH DIE *„betrifft-erziehung“-Hefte* WAREN NICHT, WIE  
EINIGE VON EUCH VIELLEICHT MEINTEN, WERBEBROSCHÜREN (DAS SIEHT  
MAN TEILWEISE AUCH DARAN, DASS NAMEN DRINSTEHEN).

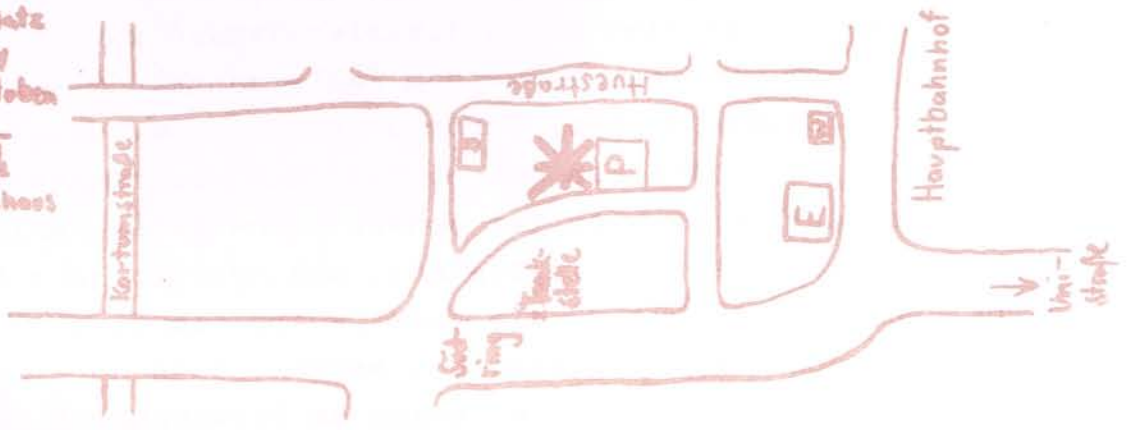
BRINGT SIE BITTE WIEDER ZURÜCK!

*Verdammt noch mal!*

Stammkneipe

In seiner zweiten Sitzung hat der Arbeitskreis Studienorientierung des Fachschaftskollektivs (FSK) Möglichkeiten zur Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten diskutiert. In diesem Zusammenhang lag ein Bericht über Bochumer Kneipen, Diskotheken o.ä. vor. Der AK Studienorientierung beschloß dabei, eine Kneipe als Stammlokal der Fachschaft Psychologie vorzuschlagen, damit künftig jeder Kommilitone weiß, wo er höchst wahrscheinlich Bekannte treffen kann. Das heißt nun nicht, daß ab sofort ein Psychologiestudent 'verpflichtet' ist, diese Kneipe aufzusuchen, sondern diese Aktion dient nur dazu, eine Kommunikationsmöglichkeit außerhalb der Beton-Uni zu schaffen. Der AK empfiehlt nun als Stammkneipe die "Hellwegschenke" (Lageplan s.u.). Die Wahl auf dieses Lokal fiel übrigens nicht, weil irgendjemand dafür Provision erhält, weil es ideal ist, weil vielleicht ..., sondern nur deshalb, weil eine überzeugende Alternative fehlt. Doch über diese und andere Fragen könnt ihr demnächst beim Bier in der Hellwegschenke diskutieren!

- P: Parkplatz
- W: Wimpy
- B: Bürgerslohn
- \* Hellwegschänke
- E: Europahaus





Herr D. Redlich, von dem die FS Psychologie im Folgenden einen Artikel abdruckt, ist zur Zeit noch Assistent im philisophischen Lehrstuhl Flasch. Genauer gesagt "m.d.V.B.", das heißt "mit der Verwaltung Beauftragter. Das besagt, daß er nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhält, der vom Lehrstuhl verlängert werden kann oder auch nicht.

In letzter Zeit häufen sich nun die Fälle, in denen solche Verträge plötzlich nicht mehr verlängert werden - seltsamerweise bis jetzt nur bei etwas progressiveren, aktiveren Assistenten. Und so geschah es jetzt auch Herrn Redlich, aus Gründen und mit Schwierigkeiten, die er im Folgenden schildert.

#### Zu einigen Formen der Repression

- 1) Strukturelle Repression: Die Einrichtung des Verwalters einer Assistentenstelle bedeutet für den Assistenten (außer beamten- und versorgungsrechtlichen Nachteilen) unmittelbare Abhängigkeit von der einen Person des Lehrstuhlinhabers in Beziehung auf seinen leistungsnachweis (Promotion) innerhalb von zwei Jahren, in Beziehung der daraus folgenden nicht begründungsbedürftigen Nichtverlängerung (auf nur ein weiteres Jahr), der Rechtlosigkeit in Bez. auf den Anteil des Institutshaushaltes, sowie der Mitsprache an Lehr- und Forschungszielen seines Lehrstuhles. Er befindet sich in dem rechtlosen Freiraum, dessen Regeln von der "Kollegialität" der Ordinarien abgesteckt werden.
- 2) Subtile Repression: Sie folgt aus den Strukturen und bestimmt die Verhaltensweisen des Mittelbaues: an Status und Karriere denken, mögliche Konfliktsituationen vorhersehen und sie "liberal" umgehen. Insgesamt ist das ganze bürgerliche Verhaltensrepertoire nötig, um den Erwartungswerten der Ordinarien Genüge zu tun. Wer dies nicht tut, dem wird wie in meinem Falle mangelnde Kollegialität, Rückfall in Ständedenken, Vertrauensbruch usw. vorgeworfen, und er findet bei den Ordinarien ein echtes "Enttäuschungserlebnis" statt. Diese Form der Repression ist schwer nachweisbar, weil ihr bourgeois Charakter gerade darin besteht, unausgesprochene Erwartungsstrukturen zu beinhalten, die negativ erst im Stadium der persönlichen Enttäuschung ausgesprochen werden; dann hört man von den Verfehlungen: nicht genug Interesse am Forschungsprojekt gezeigt, die eigenen Veranstaltungen nicht thematisch an die des Lehrstuhles



gebunden, Kooperationschwierigkeiten mit den Kollegen heraufbeschworen zu haben, man wolle nicht habilitieren usw., kurz, Vorwürfe, die in ihrer Gesamtheit zeigen lassen, daß der Betreffende nicht die Haltung zeigt, die für eine Zugehörigkeit zu den höheren akademischen Würden unumgänglich ist (denn fachliche Qualifikation ist immer schon von sekundärer Bedeutung gewesen).

3) Overt Repression: Ist einmal die Toleranzschwelle überschritten, kann der Ordinarius aus der Sicherheit seines unkündbaren Beamten-daseins heraus massiv reagieren: mir wurde eine Palette eines Negativkatalogs geboten, wo nur der Diebstahl silberner Löffel fehlte. Wenn nicht genug wird versucht, alles zu tun, um die weitere Zukunft zu verbauen: in Bezug auf die Existenzsicherung: kein Angebot einer Institutsstelle, kein Stipendium; durch indirekten Druck (s. Punkt 2) scheuen andere Institutsmitglieder davon zurück, Gutachten für ein Graduiertenstipendium zu schreiben. Selbst die Personalakte wird mit einem Schreiben bedacht, in dem expressis verbis keine direkten Äußerungen gemacht werden, das aber erhebliche Verfehlungen suggeriert. Der "heiße Draht" der Ordinarien verhindert für einige Zeit jegliche Bewerbungen an anderen Universitäten (an anderen Univ. weiß man z.T. besser über meinen Fall Bescheid als ich selbst). Um außerdem etwas beschäftigt zu sein, wurden mir Sysiphusarbeiten aufgetragen und verlangt, eine angekündigte Veranstaltung über das Ende meines Vertrages hinweg abzuhalten, so daß die Studenten mit einem undurchführbaren Seminar für das keine Scheine zu erhalten waren, beglückt werden sollten.

Politische Lehre aus alldem: da der gesamte Mittlbau derart inkontriniert ist und die Verfügungsgewalt der Lehrstuhlinhaber derart absolut ist, also weder Solidarität noch demokratische Kontrollen dieser Herrschaft einen Riegel verschieben scheint es nur die Alternative der Resignation oder des Anarchismus zu geben, wenn auch nur die geringste politische Aktivität wird im Heime erstickt am Arbeitsplatz selbst. Für manche bleibe daher vielleicht noch der Glaube an Universitätsreformen: Glück durch Ministerratsbescheid!

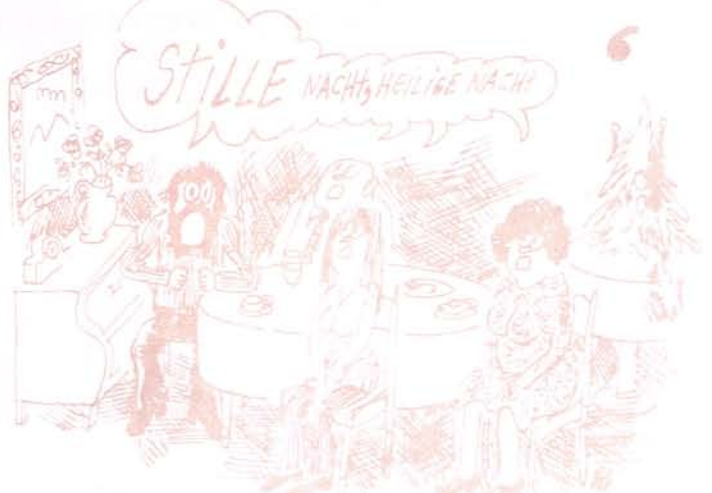
D. Redlich

(Philosophie)

(Lehrstuhl für  
Phil.)



# Frohe Weihnacht!





Fachverband Psychologie

1. ordentliche Fachverbandstagung Psychologie  
Marburg, 2. Januar bis 6. Januar 1967

Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen.

Die 1. ordentliche Fachverbandstagung Psychologie beschäftigte sich mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen im Zusammenhang mit der Neuordnung des Psychologie-Studiums. Dabei beschloß er zu diesen Fragen unter Ausklammerung der Hochschulpolitischen Probleme folgende Stellungnahme:

A: Allgemeines:

1. Aus der Struktur der Psychologischen Wissenschaft und dem Berufsbild des praktisch tätigen Psychologen ergibt sich die Notwendigkeit, alle Studierenden über eine gründliche methodische Ausbildung zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten hinzuführen. Deswegen ist für Psychologische Institute die Einheit von Forschung und Lehre dringend notwendig.

In der Tätigkeit des Psychologen kommen mehr als in anderen Berufen Fragestellungen vor, die durch selbständige forschende oder auch forschungsähnliche Arbeit gelöst werden müssen. Daraus folgt, daß bereits in beschränktem Maße innerhalb des Grund-, unbedingt aber im Hauptstudium ein enger Kontakt zur Forschung gewährleistet sein muß. Die Forderung nach Einheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen wird für die Belange der Psychologie besonders unterstrichen.

2. Die Fachverbandstagung begrüßt die Einstellung des Wissenschaftsrates, das Hochschulstudium nicht einseitig als Berufsausbildung zu sehen.

Besonders für die Psychologie ergibt sich die Frage, inwieweit gute Kenntnisse und Fähigkeiten



allein schon zur Berufsausübung qualifizieren. Deswegen unterstreicht die Fachverbandstagung die Forderungen, daß das Studium im Gesamt-rahmen geistig-seelischer Entwicklung auch persönlichkeitsbildend sein muß.

#### B: Studienziel des Grund- und Hauptstudiums

Der gegenwärtige Stand der psychologischen Berufsausübung fordert Ausbildung auf allen psychologischen Gebieten. Eine über eine Schwerpunktbildung hinausgehende Spezialisierung des Studienganges vor dem Hauptdiplom ist deswegen unangebracht.

Das möglichst einheitliche Hauptdiplom soll zur Berufsausübung auf allen angewandten Gebieten der Psychologie befähigen (siehe jedoch die Einschränkung unter C 2.).

Selbständige Forschung darf nicht auf einer einseitigen Ausbildung aufbauen, wenn wesentliche Bezugs- und Anknüpfungspunkt nicht übersehen werden sollen.

#### C: Gliederung des Studiums

1. Die Aufgliederung in ein Grund- und Hauptstudium ist weitgehend verwirklicht.

- a) Das Grundstudium. Es vermittelt das Basiswissen und die methodischen Hilfsmittel. In diesem Studiumabschnitt sollen aber auch die Beziehungen zu angrenzenden und grundlegenden Disziplinen gezeigt werden.
- b) Das Hauptstudium. Es soll die angewandten und spezielleren Fragestellungen in exemplarischer Weise behandeln.

Ein sinnvoller Aufbau des Psychologiestudiums muß zunächst die Stellung der Psychologie innerhalb der anderen Wissenschaften klären, damit einer Grundlage für das Verständnis der psychologischen Fragestellungen gegeben ist.

Das Vordiplom als Zwischenprüfung trennt zwischen einer methodischen und stofflichen Propädeutik und der Ausbildung auf den verschiedenen praktischen Gebieten der Psychologie. Eine vertiefende Betrachtung der theoretischen Fächer sollte mehr als bisher auch ins Hauptstudium aufgenommen werden.

2. Aufbaustudium.

Das Aufbaustudium muß unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden:



allein schon zur Berufsausübung qualifizieren. Deswegen unterstreicht die Fachverbandstagung die Forderungen, daß das Studium im Gesamt-  
rahmen geistig-seelischer Entwicklung auch persönlichkeitsbildend sein muß.

#### B: Studienziel des Grund- und Hauptstudiums

Der gegenwärtige Stand der psychologischen Berufsausübung fordert Ausbildung auf allen psychologischen Gebieten. Eine über eine Schwerpunktbildung hinausgehende Spezialisierung des Studienganges vor dem Hauptdiplom ist deswegen unangebracht.

Das möglichst einheitliche Hauptdiplom soll zur Berufsausübung auf allen angewandten Gebieten der Psychologie befähigen (siehe jedoch die Einschränkung unter C 2.).  
Selbständige Forschung darf nicht auf einer einseitigen Ausbildung aufbauen, wenn wesentliche Bezugs- und Anknüpfungspunkt nicht übersehen werden sollen.

#### C: Gliederung des Studiums

1. Die Aufgliederung in ein Grund- und Hauptstudium ist weitgehend verbindlich.

- a) Das Grundstudium. Es vermittelt das Basiswissen und die methodischen Hilfsmittel. In diesem Studiumabschnitt sollen aber auch die Beziehungen zu angrenzenden und grundlegenden Disziplinen gezeigt werden.
- b) Das Hauptstudium. Es soll die angewandten und spezielleren Fragestellungen in exemplarischer Weise behandeln.

Ein sinnvoller Aufbau des Psychologiestudiums muß zunächst die Stellung der Psychologie innerhalb der anderen Wissenschaften klären, damit einer Grundlage für das Verständnis der psychologischen Fragestellungen gegeben ist.

Das Vordiplom als Zwischenprüfung trennt zwischen einer methodischen und stofflichen Propädeutik und der Ausbildung auf den verschiedenen praktischen Gebieten der Psychologie. Eine vertiefende Betrachtung der theoretischen Fächer sollte mehr als bisher auch ins Hauptstudium aufgenommen werden.

#### 2. Aufbaustudium.

Das Aufbaustudium muß unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden:



- a) die Promotion. Sie ist der Abschluß einer wissenschaftlichen Vertiefung und - aber nicht nur - der erste Schritt zur Heranbildung des Hochschullehrernachwuchses.
- b) Die Spezialisierung. Eine Spezialisierung bahnt sich überall dort an, wo eine weitgehende Verselbständigung des Teilgebietes (in der Fragestellung und umfangmäßig) sowohl wissenschaftlich als auch berufspraktisch stattfindet, wie in der Psychotherapie und Schriftpsychologie.
- c) die interdisziplinäre Arbeit und Zusatzstudien. Hiernach leuchtet es ein, daß das Aufbaustudium nicht einer "Elite" vorbehalten bleiben darf. Den Vorschlag des Wissenschaftsrates, die Zulassung zum Aufbaustudium von einem mindestens mit "gut" - bestandenen Hauptexamen abhängig zu machen, lehnt die Fachverbandstagung ab.

Die Promotion sollte der normale Abschluß sein. Dafür muß sie von der starken finanziellen Belastung befreit werden. Wissenschaftliche Vertiefung ohne Promotion kann auf Zeugnisbasis bescheinigt werden. Etwa über die Tätigkeit am Institut, als Volontärassistent oder Mitarbeiter an Forschungsaufgaben.

Abschnitt B zufolge kann eine Spezialisierung nicht zum Hauptdiplom erfolgen. Sollte sich eine weitgehende Spezialisierung für einzelne Berufsparten als notwendig erweisen, so muß sie, soweit sie nicht unmittelbar in der Praxis geschehen kann oder muß, in einem Aufbaustudium erarbeitet werden.

Eng damit zusammen hängt die interdisziplinäre Arbeit, in der psychologisches Forschen innerhalb oder in engem Zusammenhang mit anderen Wissenschaften geschieht. Die entsprechenden Fragestellungen schließen dabei an sehr verschiedene, oft weit entfernte Disziplinen an. Bei vielen Problemen, die nur durch Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen gelöst werden können, ist die Psychologie stark beteiligt.

3. Kontaktstudium. Die Frage des Kontaktstudiums betrifft weniger den Studenten im gegenwärtigen Sinn, als vielmehr die Berufsverbände. Der Fachverband wird in dieser Frage mit dem BDP und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie eng zusammenarbeiten.



Die Notwendigkeit eines Kontaktstudiums ergibt sich u.a. aus dem in A Gesagten. Die Fachverbandstagung ist der Meinung, daß diese Fragen kaum aus der Sicht des Studenten beurteilt werden können, da sich große meist organisatorische Schwierigkeiten ergeben, die aus der Situation des bereits praktisch tätigen Psychologen beurteilt werden müssen.

#### D: Dauer des Studiums

Eine sinnvolle Begrenzung der Studiendauer fordert eine entsprechende Stoffkonzentration. Da eine Stoffkonzentration innerhalb der Psychologie auf besondere Schwierigkeiten stößt, scheint eine Begrenzung auf 8 Semester vorläufig nicht durchführbar. Eine Studienzeitverkürzung sollte dennoch vorallem durch Stoffkonzentration und didaktische Optimierung erreicht werden. Die Fachverbandstagung begrüßt die dahingehenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Demgegenüber erscheint eine Zwangsexmatrikulation solange eine unangebrachte Maßnahme als die obengenannten Forderungen nicht soweit wie möglich verwirklicht sind. Darüber hinaus bestehen auch grundsätzliche Bedenken gegen eine Zwangsexmatrikulation.

Die Schwierigkeiten der Stoffkonzentration sind größtenteils in der wenig integrierten Form vieler psychologischer Teilgebiete begründet. Eine Zwangsexmatrikulation würde die Freiheit der Studierenden, den Umfang ihrer Studien vor der Prüfung selbst zu bestimmen, stark beschneiden.

#### E: Hochschuldidaktik

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates legen zu wenig Gewicht auf didaktische Fragen, die einen hervorragenden Einfluß auf die Effektivität des Studiums haben. Es ist dringend geboten, die Forschung über Hochschuldidaktik zu intensivieren und zu unterstützen. Problematisch ist z.B. der gegenwärtige Vorlesungsbetrieb. Zur Ergänzung oder anstelle von Vorlesungen ist die verstärkte Anwendung von Skripten und Tutorenkreisen und modernen Lehrmitteln wie Lernbüchern, Lehrbriefen, Filmen etc. angeraten. Dies gilt vorallem für das Grundstudium, aber auch für das Hauptstudium.



Dagegen ist eine Vorlesung zur Einführung in das Psychologiestudium unbedingt notwendig.

Zur Einführung in die Fragestellungen und speziellen Anliegen der Psychologischen Wissenschaft möge eine Vorlesung dienen, die für das erste Semester bestimmt sein soll. Für die folgenden Lehrveranstaltungen muß aber überlegt werden, ob es für den speziellen Stoff besonders des Grundstudiums moderne Lehrmethoden und Lernmittel nicht angemessener und weitaus effektiver sind als Vorlesungen. Gleiches gilt für Übungen, Seminare und die empfohlene Heimlektüre. Es müssen Methoden gefunden werden, das Studium intensiver und straffer zu gestalten, ohne einer Verschulung allzusehr Vorschub zu leisten. Gilt dies auch mehr für das Grundstudium, so wird auch im Hauptstudium die Lehrmethodik überprüft werden müssen. Die Formen des Aufbau- und Kontaktstudiums sind getrennter Überlegung wert. Zu allen hochschuldidaktischen Überlegungen müssen die Ergebnisse der Lernpsychologie stärker als bisher herangezogen werden.

---

Die eingerückten Erläuterungen ergehen aufgrund ausdrücklichen Auftrags der Fachverbandstagung.

Im Auftrag

Jochen Faust (Tübingen)



# E

Sekretariat Baracke 9  
ESG Ruf 511465  
KSG Ruf 511425

# K

# SG

Evangelische Studenten Gemeinde  
Katholische Studenten Gemeinde  
der Ruhruniversität Bochum

# SG

39

INFORMATION

+ DISKUSSION

Wir bringen Ihnen heute eine kleine Dokumentation über die Berichterstattung der Presse zu einigen Vorgängen der letzten Zeit. Wir meinen, daß schon aus diesen kurzen Abschnitten hervorgeht, welche Rolle Springer und der Senat in Berlin spielen. Diese Auswahl soll dazu dienen, die nun in Gang gesetzte Diskussion über den Springer Konzern und den Berliner Senat voranzutreiben; außerdem soll sie Material in die Hand geben für das Gespräch mit der Bevölkerung.

Als weitere Informationsmittel empfehlen wir den Berliner Extra Dienst und das Buch: "Februar 1968, Tage die Berlin erschüttern", Frankfurt 1968, 5,- DM

Am Donnerstag abend veranstaltet die esg einen Vortrags- und Diskussionsabend mit H. J. Benedict über Martin Luther King bei dem neben dem Thema "Gewalt" ganz besonders die deutsche und die ausländische Presseberichterstattung zum Mord an Martin Luther King analysiert werden soll. Zum gleichen Thema veranstaltet die esg den Semesteranfangsgottesdienst:

Donnerstag 25.4. 1968 19h st Apostelkirche Querenburg  
20h st wahrscheinlich Hörsaal DII

esg Bochum



BILD am 7. 2. 68

## STOPPT DEN TERROR DER JUNGROTEN JETZT

Seit Jahren streift mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder ein Hauch jugendlichen Zorns unser Land:

erst - zwischen 1952 und 1953- machten randalierende Motorradfahrer unsere Städte unsicher; dann - 1956/57 - schmierten junge Rabauken Hakenkreuze an Kirchen und Gräber; und jetzt 1967/68 gibt es den Wanderzirkus der Revolution - in Berlin, in Bremen, in Bochum, in Frankfurt. Geschäfte werden demoliert, Autos umgeworfen, Straßenbahnwagen zerstört, Fensterscheiben zertrümmert, friedliche Bürger bedroht, die deutsche Fahne verbrannt und immer ein Kommunistensymbol gehisst.

Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen.

Schlafen unsere Richter? Schlafen unsere Politiker?

Wie lange wollen sie noch zulassen, daß unsere jungen Leute von den roten Agitatoren aufgehetzt, daß unsere Gesetze in Frage gestellt, unterwandert und mißachtet?

Sind wir denn eine Apfelsinenrepublik, in der man Recht und Gesetz, Autorität und Ordnung unter fadenscheinigen Vorwänden mit Füßen treten darf? In der man den gesetzestreuen Bürger zum Trottel, den Gesetzesbrecher zum Heiligen machen darf? Und in der man den Amerikanern ungestraft die Fenster einschlagen darf, den gleichen Amerikanern, die uns militärisch schützen. Ein Schütz, der die Vorbedingung dafür ist, daß bei uns überhaupt in Sicherheit demonstriert werden kann.

Aber unsere Jung-Roten sind inzwischen so rot, daß sie nur noch rot sehen und das ist gemeingefährlich und in einem geteilten Land lebensgefährlich. Stoppt ihren Terror jetzt!

BILD

Im März lautete die Schlagzeile der DEUTSCHEN SOLDATEN- UND NATIONALZEITUNG "Stoppt Dutschke jetzt - sonst droht uns Bürgerkrieg!"

B

BILD am 13.4.68

Im Berliner Westend-Krankenhaus ringen die Ärzte um Dutschkes Leben. Wer hat auf ihn geschossen?

Nicht Bundeskanzler Kiesinger, nicht Berlins Regierender Bürgermeister und auch nicht Springer.

Der Täter ist ein 23-jähriger, mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus der Bundesrepublik. In seiner Wohnung in Peine wurde Hitlers "Mein Kampf" gefunden. Der fanatische Linksradikale wurde das Opfer eines halbhirnen Rechtsradikalen. Mit Dutschke fühlen in diesen Stunden selbst diejenigen, die seine politischen Ansichten nicht teilen, die in ihm eine Gefahr für die Demokratie sehen. Seinen Freunden aber scheinen die drei Kugeln, die ihn trafen, nur willkommen. Er will kommen. Er will für neue Haß- und Gewaltakte zu sein. Martin Luther Kings Kampfgefährten beschworen nach seinem Tod die farbige Minderheit Amerikas: "Laßt nicht Gewalt über uns kommen." Dutschkes Anhänger jedoch rufen auch jetzt, da er Opfer des von ihm gepredigten Hasses wurde, nach Gewalt. Sie zündeten Autos an. Sie zertrümmerten Redaktionsräume.

Sie fragen weder nach dem Täter noch nach den Motiven. Sie übersehen offensichtlich, daß Kiesinger, Schütz und Springer nichts, aber auch gar nichts mit einem Mann zu tun haben, der einen Hitler- und Napoleon-Tick hat. Sie ernennen einfach Dutschke zum Opfer der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Und sie belügen damit sich selbst. Denn nicht diese Gesellschaft säte Haß und Gewalt, sondern Dutschke. Nicht das Volk schrie "Wir brauchen viele Vietnams", sondern Dutschke. BILD hat schon einmal an die Politiker und Richter dieses Landes appelliert: Stoppt den Terror, denn es zu spät! Stellt diejenigen, die unsere Demokratie zu kriminellen Gewalttaten mißbrauchen, vor Gericht! BILD wiederholt heute diesen Appell!

Wir brauchen zwar den politischen Meinungsstreit. Aber Straßenterror, Molotow-Cocktails ist keine Diskussion, sondern Aufruhr und Landfriedensbruch. Einer der größten Industriestaaten der Welt darf kein Hottentottenland werden, in dem jeder, der sich ungerecht behandelt fühlt Steine und Feuer legt oder zur Pistole greift.

BILD



DIE VIETNAM - KONFERENZ AM 17./18. 2. UND DIE FREIHEITSBEWEGUNG  
DES SENATS AM 21. 2.

BILD am 19.2. 68

BERLIN : 10 000 FOLGTEN DEN ROTEN FAHNEN

Vietnam - Demonstration wurde kommunistischer Propaganda - Zug  
Der Protestmarsch gegen den Vietnam-Krieg wurde gestern zu einer Demonstration für den Kommunismus. Etwa 10 000 Demonstranten zogen mit einem Wald von roten Flaggen und Vietkong - Fahnen vom Kurfürstendamm zur Deutschen Oper an der Bismarckstraße. In Plakaten forderten sie "Amis raus aus Vietnam" - "Arbeiterrat statt Unternehmerstaat". Neben Plakaten von Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verkündete eine Tafel "Lee H. Oswald (mutmaßlicher Mörder des US-Präsidenten Kennedy), wir brauchen Dich!" Nach dem Gesang der kommunistischen Internationale ließen die Demonstranten den kommunistischen Staatschef Nordvietnams, Ho-Chi-Minh hochleben. In Sprechchören forderten die Demonstranten den Sturz des Berliner Senats. Die Berliner Bevölkerung hielt sich zurück. Nur in einigen Fällen schüttelten empörte Bürger Wasser von Balkonen auf die Demonstranten. Passanten entrissen den Demonstranten einige der Vietcong-Fahnen und verbrannten sie. In Diskussionen wurde den Marschierern entgegengehalten: "Wenn ihr statt dem Kurfürstendamm in einem Arbeiterviertel demonstrieren würdet, könnt ihr ein blaues Wunder erleben!"

Am Abend, nachdem sich die Vietnam-Demonstration aufgelöst hatte, versammelten sich einige 100 Gegendemonstranten auf dem Kurfürstendamm. In Sprechchören riefen sie: "Dutschke raus aus Berlin" - "Freiheit für die Zone" - "Nieder mit der Mauer"! Berlins Regierender Bürgermeister Schütz nach den Demonstrationen: Eine Weltstadt hat Disziplin bewiesen!"

BILD - Zeitung am 22.2.68

Berliner Witz gegen Krawallstudenten: Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen. Kein Geld für langbehaarte Affen! Mit solchen Transparenten demonstrierten etwa 150 000 Berliner gegen Dutschke und Genossen: Dreht den Geldhahn zu für die Spinner der FU und TU! Weder Dutschke noch Teufel stehn uns nah für Berlin USA! Dutschke, raus aus Westberlin! Tausche 10 Studenten gegen einen kleinen Flüchtling! Ohne Amerika keine Freiheit für Berlin!

150 000 auf dem John F. Kennedy-Platz - diese Stadt gehört nicht den Extremisten, sondern denen, die sie unter Entbehrungen wieder aufgebaut haben! Wir lassen uns unser freiheitliches Berlin nicht zertrampeln! Das sagte Berlins Regierender Bürgermeister Schütz gestern auf einer machtvollen Protestdemonstration gegen die Linksradiكالen. Etwa 150 000 Berliner legten vor dem Rathaus Schöneberg ein Bekenntnis zur Freiheit und zu ihren westlichen Schutzmächten ab. Schütz: "Wir sind freiwillig hierhergekommen, denn dies ist das freiheitliche Berlin. Dies ist der Platz, der den Namen John F. Kennedy trägt." Und: "Wir wissen in dieser Stadt, was Krieg heißt. Darum wünschen auch wir Frieden in Vietnam. Aber wir lassen nicht zu, daß man unseren amerikanischen Freunden bei uns auf die Stiefel spuckt!" Berlins CDU-Chef Amrehn: Am 17. Juni 1953 wurde mutig die rote Fahne vom Brandenburger Tor heruntergeholt. Das ist aber nicht geschehen, damit rote Fahnen unter gerichtlichem Schutz jetzt in Massen durch unsere Straßen getragen werden! Das gefährliche Rüpelspiel der Randalierer muß ein Ende haben. Unsere Freunde sollen wissen, daß sie sich auch künftig auf uns verlassen können. Berlins SPD-Chef Mattick: Was wir in den zurückliegenden 23 Jahren gemeinsam aufgebaut haben, wollen wir nicht wieder verlieren. Wer dies vernichten will, soll dahin zurückgehen, wo er hergekommen ist... Berlins DGB-Chef und Parlamentspräsident Sickert: Die Menschen dieser Stadt werden ihr blühendes demokratisches Gemeinwesen, unseren Rechtsstaat und unsere Freiheit verteidigen. Die Berliner haben eine ausgebrannte Kraterlandschaft zur größten deutschen Industriestadt aufgebaut. Das lassen wir uns nicht nehmen.... Aus allen Stadtteilen waren Marschkolonnen der Gewerkschaften und Bürger zur Kundgebung marschiert. Sie führten die Fahnen der Bundesrepublik, aber auch das Sternenbanner mit sich. Während der Demonstration gab es kleine Zwischenfälle. Ein Student warf Flugblätter, auf denen die SPD Sozialfaschisten genannt wurden, ausgerechnet in einen Marschblock der Straßenfreier. Er mußte seine Zettel fein säuberlich wieder aufsammeln....



SCHÜTZ AUF HARTEM KURS - NACH DEN DEMONSTRATIONEN:  
POGROMSTIMMUNG IN BERLIN

3 unabhängige Verwaltungsrichter bewachten Westberlin am vergangenen Wochenende vor einer Katastrophe. Der Senat der Stadt wolle es auf die gewaltigste Straßenschlacht seit Kriegsende ankommen lassen, das Gericht ließ ihn aber nicht gewähren. Es zwang ihn, in letzter Stunde die größte Demonstration oppositioneller Jugendlicher seit 1945 zu genehmigen... Innensenator Neubauer beklagte noch am Wochenende in einer Parteiverstandssitzung offen die verpaßte Möglichkeit, mit 6000 Gummiknüppeln und mit Tränengas zu zeigen, wer Herr der Stadt sei. Er und der Regierende Bürgermeister Schütz übten sich zunächst in Urteilsschelte... Schütz freilich modifizierte am Montag seine Ansicht in einer Betriebsversammlung. Aus der Kritik an unabhängigen Richtern wurde Gesetzesschelte. Der Regierende gestand ein, die Richter hätten wahrscheinlich so handeln müssen, und fügte hinzu: "Wir müssen uns aber fragen, ob wir ihnen die richtigen Gesetze in die Hand gegeben haben." Das Versammlungsgesetz müsse gegebenenfalls geändert werden. Auch der Regierende Bürgermeister wird wissen, daß man das Versammlungsrecht, das in Westberlin ohnehin stärker als in anderen Bundesländern eingeschränkt ist, nicht ändern kann, ohne die in der Verfassung verankerten Grundrechte zu beschneiden.

Es spricht vieles dafür, daß der 18. 2. 68 - wie die "Frankfurter Rundschau" schreibt, für "die innerpolitische Entwicklung ein ähnlicher Einschnitt werden könnte, wie es rückblickend der 2. Juni gewesen ist." Am 2. Juni versagte die Polizei und eröffnete damit einen Prozeß der Eskalation in der Auseinandersetzung mit den oppositionellen Studenten, der auf die BRD übergriff. Der 18. Februar wurde zur Bankrotterklärung der politischen Führung in dieser Auseinandersetzung. Denn das rechtlich nicht vertretbare Demonstrationsverbot, die eingeplante Straßenschlacht, die nachfolgende Urteilsschelte und schließlich die offizielle Forderung nach neuen Gesetzen sind das Eingeständnis der Regierenden, daß sie mit den Mitteln des liberalen Rechtsstaates nicht mehr mit einigen Tausend aufsässigen Studenten fertig zu werden glauben.

Schütz begründete das Demonstrationsverbot: "Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören."

Was den Senat indes erwartet hätte, wenn er den Gesetzen gemäß entschieden hätte, zeigt die Kritik der Springer-Blätter am Urteil des Verwaltungsgerichts. Die "BZ" warf den Richtern vor, ihren Eid gebrochen zu haben, der sie verpflichtet nach "bestem Wissen und Gewissen" zu urteilen: "Wie weit darf das Gewissen sein, von dem der deutsche Richter spricht?" Die "Berliner Morgenpost" meinte: der "juristische Klimmzug" erinnere "an gewisse Phasen der braven Selbstzerstörung der Weimarer Demokratie". Die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit scheint offenbar kein zu hoher Preis, um eine Straßenschlacht zu erzwingen und Weimarer Verhältnisse zu inszenieren... Ob die Sozialdemokraten jene Welle der Pogromstimmung, die sie mit entfacht haben, unter Kontrolle halten können, scheint freilich fraglich. Die gefährlichen Folgen der Emotionalisierung deuteten sich bereits am vergangenen Sonntag an. Ein organisierter Trupp von Gegendemonstranten, zum Teil mit Schlagwerkzeugen bewaffnet, prügelte unter Duldung und im Schutze einer Polizeikette auf die vorübergehenden Demonstranten ein. Auch als es Verletzte gab, weigerten sich die Beamten, Personalien der Schläger aufzunehmen oder auch nur die Schlaginstrumente einzuziehen. Später zog diese Gruppe, der sich einige 100 Brüger angeschlossen hatte, mit dem Ruf



"lieber tot als rot" durch die Innenstadt. Sie blockierten nicht nur nach dem Vorbild der linken Provos den Kurfürstendamm, sondern demolierten auch Personenwagen und bedrohten Angestellte der DDR-Reichsbahn. Die Polizei teilte ihnen über Lautsprecher ihr "großes Verständnis für ihr Anliegen" mit. Auch als einzelne vermeintliche Studenten unter den Passanten tätlich angegriffen wurden, schritt sie nicht ein.

Kai Hermann.

70% der Tagesauflage der Berliner Tageszeitungen stammen aus dem Verlagshaus Axel Springer:

"Störenfriede" (Berliner Morgenpost), "Wirrköpfe" (Bild), "Krawallstudenten" (Bild), "Skandal-Studenten" (Bild), "Radikal-Studenten" (Bild), "STudenten-Randalierer" (Bild), "Gemeingefährliche Radikale" (BZ), "Junge Radikale" (BM), "Radikalinskis" (Bild), "Disziplinlose Radikale" (BM), "Herrschaften mit Linksdrall" (Bild), "Schreihälse" (BM), "Radikale Universitätsfunktionäre" (BM), "Neurotische Besserwissen" (BZ), "Akademische Kampftruppen" (BM), "Halbstarke" (Bild), "Rowdies" (Nachtdepesche), "Politische Rowdys" (Bild), "Knalltütenkorps" (Bild), "Narren" (Telegraph), "Bombenwerfer" (BM), "Fu-Chinesen" (BM), "Randalierer" (Bild), "Krachmacher" (Bild), "Rüde Burschen" (BZ), "Unsere lieben Kleinen" (BZ), "akademische Variante des Gammlertums" (Matthias Walen), "akadmeischer Mob" (M. Walen).

Bezeichnung für Studenten anlässlich einer Vietnamdemonstration, Dez 66

SPIEGEL am 26. 2. 1968

... In Berlin ist Volk auf geheiße der Obrigkeit aufgestanden, Ordnung zu schaffen - auch wenn alles in Scherben fällt. Deutschland, kein Wintermärchen: Aufsässige Studenten, Revolution im Mund und Ho Tschu-minh im Hirn haben andersdenkende noch nie verprügelt. Berliner Bürger, Demokratie auf den Lippen und Kennedy in Erinnerung haben begonnen, die Andersdenkenden zu verdreschen.

"Syncht ihn, hängt ihn auf!" schrien sie, als sie einen sahen, der wie Rudi Dutschke aussah; und die Freiheitsglocke läutete... "Euer roter Puff wird heute in die Luft gesprengt", drohten anonyme Anrufer dem Republikanischen Club, Hort der außerparlamentarischen Opposition in Berlin. "Raus, ihr Kommunistenschweine", brüllten alte Berline in Charlottenburg und bespuckten junge Leute. Auf dem Wochenmarkt keiften Marktfrauen: "Wir stecken euch in Herings-tonnen" (Plakate: "Heute fährt Teufel zur Hölle." "Glückliche Reise")

1967 fand Berlins Sozi Kurt Neubauer, Innensenator der Stadt, auch Blutvergießen müsse in das politische Risiko einbezogen werden. "besser jetzt als später". Er sagte es vor der Berliner SPD-Fraktion im Schöneberger Rathaus - Ausdruck der Entschlossenheit, nun endlich mit den aufsässigen Studenten abzurechnen, sei es mit Gewalt.

Am vorletzten Wochenende hatte es der Senat auf "die gewaltigste Straßenschlacht seit Kriegsende" ("Zeit") ankommen lassen wollen. Die Polizei verbot den Protestmarsch, den Teilnehmer des "Vietnam-Kongresses" Kundgebung lauter Linker aus In- und Ausland- geplant hatten.

Vergeblich warnte Ex-Bürgermeister Heinrich Albertz, nach der Knüppelschlacht vor der Oper weise geworden, "Ich bin in den 2. Juni hineingerutscht, aber Neubauer ist so verrückt, daß er eine Reproduktion des 2. Juni anstrebt." Albertz-Nachfolger Schütz fand falsch, "statt kämpferischer Entschlossenheit unangebrachte und schädliche Milde" walten zu lassen.



Fruchtlos blieb selbst eine Intervention des SPD-Vize Herbert Wehner. Schütz hörte nicht hin und amüsierte sich über Zeit-Verleger Gerd Bucerius und SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein, die in Telegrammen die Aufhebung des Demonstrationsverbotes gefordert hatten: "Komische Figuren."

Unter den Augen der Polizei hieben Gegendemonstranten auf die vorbeiziehenden Vietnam-Protestanten ein. Kein Ordnungshüter rührte sich, als in der Uhlandstraße ein Ford (Kennzeichen B-H)236) mit Schwung und Dauerhupton in eine Gruppe französischer Demonstrantinnen fuhr, die sich zur Seite retten konnten... Ausgerechnet die West-Berliner Obrigkeit bedachte sich Ost-Berliner Methoden, eine Massenkundgebung zustande zu bringen. Der Senat

als öffentlicher Arbeitgeber befreite am Mittwoch letzter Woche mehr als 50 000 seiner Arbeitnehmer zur Mittagsstunde vom Dienst und verursachte damit einen Arbeitsausfall im Werte von etwa einer dreiviertel Million Mark.

Das Bezirksamt Wilmersdorf erteilte Marschbefehl: "Dem gemeinsamen Aufruf der Betriebsgruppen, der demokratischen Parteien, des Personalrates und Bezirksamtes Wilmersdorf folgend, werden sich ... die Beschäftigten der Bezirksverwaltung ... zu einem Demonstrationszug für Frieden und Freiheit in Berlin versammeln. In allen Stadtteilen machten Behörden dicht. Das Stadtbad Zehlendorf schloß bereits um zehn Uhr vormittags. Stadtreinigung und Müllabfuhr ließen den Müll liegen und legten nach DDR-Beispiel eine Selbstverpflichtung zu geschlossener Teilnahme ab. Die ÖTV impfte die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und des privaten Transportgewerbes. Die DAG verordnete: "Mitglieder der DAG, die nicht geschlossen mit ihren Betrieben zum John-F.-Kennedy-Platz gehen, versammeln sich... in der KaDeWe-Passage." Der Beamtenbund tönte, es sei an der Zeit, den Unruhestiftern, "eine unmißverständliche Antwort zu geben"...

Daß kein Berliner fehlte, dafür sorgten auch die Berliner Rundfunkanstalten...

Einziges Panne: "Rias"-Reporter Jürgen Schiller berichtete live von einem Sammelplatz der ÖTV, daß dort linke Gegendemonstranten verprügelt wurden, während die Polizei zuschaute. Sofort folgte die Rüge aus dem "Rias"-Studio: Diese "kleinen Zwischenfälle" sollten "nicht überbewertet werden"...

"Schneidet ihr die Haare ab, schlag sie tot", grölten Berliner und schlugen vor dem Rathaus auf ein Mädchen ein, als es bereits am Boden lag. Und als der Kreisschulpfarrer Gerd Böttcher - er war der Einladung zur Kundgebung gefolgt, "weil ich auch gegen Randalierer bin" - beschwichtigen wollte, stürzten sich, wie er später in einem Brief an Klaus Schütz schrieb, "mit dem Ruf: 'Du bist auch so ein Kommunistenschwein' mindestens 20 Leute auf mich."